

Im Überblick ...

Zusammengestellt von Uwe Pinno

Großbrand auf Gasfeld

Auf dem Gasfeld von Chhatak bei Sunamganj, 191 Kilometer nordöstlich von Dhaka gelegen, brach bei dem Versuch auf eine unterirdische Druckwelle zu reagieren, am 7. Januar 2005 ein unkontrolliertes Feuer aus. Obwohl der Brand bald beherrscht werden konnte, entzündete sich die Hauptförderleitung des Gasfeldes. Am Morgen des 8. Januars explodierten daraufhin zahlreiche Ventile und eine rund 100 Meter hohe Stichflamme schoss in den Himmel, deren Schein noch 30 Kilometer weit sichtbar war. Die Hitze sei so groß gewesen, dass sie noch in einem Kilometer Entfernung zu spüren gewesen sei. Ein rund zwei Quadratkilometer großes Gebiet wurde zur Sicherheitszone erklärt und mehr 1.000 Menschen wurden evakuiert.

Bengalische Experten gehen davon aus, dass es knapp einen Monat dauern werde, bis das Feuer erstickt werden kann. Die Folgeschäden für Mensch und Umwelt sind dabei noch nicht abzusehen. Gleichzeitig äußerten sie scharfe Kritik gegen den kanadischen Energiekonzern

Niko, der seit einer Vereinbarung vom Oktober 2003 für die Gasförderung in diesem Abschnitt verantwortlich ist. Sicherheitsvorschriften seien vom chinesischen Subunternehmen nicht eingehalten worden und man sei bei der Bohrung zu tief in ungesicherte geologische Strukturen vorgedrungen. Ein ähnlicher Unfall hatte sich bereits im Juni 1997 ereignet, aber an der Vorgehensweise hätte sich kaum etwas geändert.

Zwischenzeitlich hat *Niko* 616 betroffenen Familien jeweils 5.000 Taka Entschädigung gezahlt (ca. 60 Euro), während der Konzern nach eigenen Angaben vom November 2004 finanziell ein sehr erfolgreiches Jahr gehabt hatte. Nachdem die Entschädigung auch aus Ministerkreisen als „Almosen“ kritisiert wurde, sprachen *Niko*-Vertreter von ersten symbolischen Zahlungen an die Betroffenen, denen weitere folgen werden. Bis zum Redaktionsschluss sind jedoch noch keine weiteren Zahlungen an die Bevölkerung erfolgt.

Jatiya Party im Gespräch mit BNP

Am 6.12.2004 kam es zu Gesprächen zwischen Vertretern der so genannten Ershad-Partei *Jatiya Party* (JP) und der *Bangladesh Nationalist Party* BNP zu möglichen Koalitionsoptionen bei den kommenden Wahlen. Während JP-Delegierte die Regierung für den Kampf gegen die Preisspirale sowie für die Art der Verbrechensbekämpfung lobten, signalisierte die BNP ihre grundsätzliche Bereitschaft, die

Regierungsallianz bei kommenden Wahlen auszudehnen. Ob es sich bei diesem Treffen nur um einen Schachzug für eine weitere Unterstützung durch die JP bei Aufbaumaßnahmen nach der Sommermonsunflut 2004 handelte, sei dahingestellt. Gleichzeitig beteiligt sich die JP weiter an der Oppositionsarbeit und fordert eine sofortige Regierungsablösung.

Microsoft in Bangladesh

Im November 2004 eröffnete Microsoft eigene Büros in Dhaka. Ein Sprecher des Konzerns bescheinigte Bangladesh gute Aussichten im IT-Bereich. Die Informationstechnologie-Industrie brauche keine großen Investitionen, sondern kluge Köpfe, von denen das Land reichlich habe, so der Firmensprecher weiter. Betont wurde allerdings die Notwendigkeit zur Umsetzung von Gesetzen zum Schutz des geistigen Eigentums, vor allem hinsichtlich der Softwareentwicklung. In Bangladesh boomt der Markt mit illegal kopierter Software. Dies ist offensichtlich ein wichtiges Motiv für die Standortwahl. Im Gepäck hat die Firma zudem Angebote für die öffentliche Verwaltung und das Versprechen insbesondere im IT-Bildungssektor zu investieren.

Vorerst kein Zugang zum Datenhighway

Bangladesh wird vorerst keinen Zugang zum unterseeischen Hochleistungs-Kabel haben, das eine direkte Anbindung von Singapur über ein dutzend Staaten nach Frankreich herstellen wird. Bangladesh hatte sich zwar finanziell an dem Projekt beteiligt, das Datenmengen von 160 Gigabytes pro Sekunde über das 19.000 Kilometer lange Kabel mit der Bezeichnung „SEA-ME-WE4“ transportieren wird. Durch offensichtliche Planungsfehler, Verzögerungen in der Verwaltung und fehlende Verantwortlichkeiten verpasste das Land aber den Termin für den Ausbau einer entsprechenden Infrastruktur im eigenen Land zum Anschluss an den als Knotenpunkt geplanten Bereich nahe Cox Bazar, an welchem das Kabel Bangladesh passieren wird.

... Im Überblick ...

Bangla Bhais „Sprengstoff-Islamisten“

Am 16. Januar 2005 wurde Shafiqullah, ein Mitglied der *Jagrata Muslim Janata Bangladesh* (JMJB) unter Führung von Bangla Bhai, in Zusammenhang mit Sprengstoffanschlägen festgenommen. Bei einem Anschlag auf eine *Jatra*-Veranstaltung, einer Art Volkstheater, in Bhatra waren zuvor zehn Menschen verletzt worden. Auch bei einem Anschlag am 14. Januar 2005, bei dem ein Mensch starb und 40 weitere verletzt wurden, scheint die JMJB die Verantwortung zu tragen.

Aussagen inhaftierter Mitglieder der Radikal-Islamisten-Vereinigung ließen erstmals einen Blick von innen auf die Organisation zu. Nach ihren Geständnissen sei die *Jagrata Muslim Janata* landesweit für die meisten Sprengstoffanschläge der letzten Monate verantwortlich. Nicht verwickelt sei die Gruppierung allerdings in die „großen Anschläge“ gegen prominente Politiker, etwa dem gegen Sheikh Hasina vom 21. August 2004.

Die Organisation ist nach diesen Geständnissen streng gegliedert: Es gibt demnach unter anderem Mitglieder, die Informationen sammeln, Sektoren die für die Zünder zuständig seien sowie Einheiten, die aktiv Anschläge durchführen. Die Kenntnisse und Kontakte zwischen den Sektoren seien dabei auf das Nötigste reduziert. Insgesamt gäbe es landesweit rund 5.000 Mitglieder. Gegründet wurde die Organisation, die zumindest in den

Anfängen auch Kontakte zu Osama Bin Laden hatte, als *Jama'atul Mujahidin*, sie sei aber später umbenannt worden. Diese letztgenannte Gruppe ist allerdings noch im November 2004 in der Presse als für einen Fall von Sprengstoffschmuggel verantwortlich bezeichnet worden, bei dem am 17.11.2004 24 Streifen Plastiksprengstoff und 124 Zünder sicher gestellt werden konnten.

Mit Anschlägen auf *Jatra*-Veranstaltungen sollen nach Information der Inhaftierten Gruppen in der Gesellschaft bedroht oder auch mit Gewalt bekämpft werden, die dem fundamentalistischen Kurs nicht zustimmen. Nach Informationen der *New York Times* wurden in den von den Islamisten beherrschten Dörfern wiederholt nicht kooperierende Menschen öffentlich an den Füßen aufgehängt und geschlagen. Nach Aussagen der Inhaftierten, so der *Daily Star*, werde man auch gezielt gegen „anti-islamische soziokulturelle Einrichtungen“ vorgehen, dies schließe auch Nichtregierungsorganisationen wie BRAC und Caritas ein.

Die *Awami League* warf der Regierungskoalition indessen vor, die Islamisten im Land zu schützen, da Bangla Bhai trotz öffentlicher Auftritte bisher nicht festgenommen wurde. Es ist demnach wahrscheinlich, dass im Norden Bangladeschs zumindest Lokalpolitiker verschiedener Parteien und Teile der örtlichen Polizei im Einflussbereich der Islamisten stehen.

Hinrichtungen statt Gerichtsverhandlungen

Sowohl in der Presse als auch in Gesprächen mit Politikern wird in den letzten Monaten immer deutlicher, dass Todesfälle bei „Schusswechseln“ mit der Sondereinheit *Rapid Action Battalion* (RAB) gewollte Tötungsaktionen gegen Kriminelle seien. Fast täglich sterben „Kriminelle“ bei RAB-Aktionen. Auf einem internationalen Seminar zur Terror-

ismussituation in Bangladesch Mitte Dezember, organisiert von der *Bangladesh Foundation for Development* bezeichnete Rw. Tim von *Hotline Human Rights* das RAB als „Instrument des Staatsterrorismus“. Der BNP-Minister Saifur verwies in einem Interview mit *The Independent* vom 14.12.2004 hingegen auf Erfolge der RAB bei der Verbrechensbekämpfung

Indische Grenztruppen töten insgesamt 297 Bangladeschis

Nach Angaben der Tageszeitung *New Age*, die sich wiederum auf Berichte von Menschenrechtsorganisationen stützt, sind in den vergangenen vier Jahren insgesamt 297 Bangladeschis von indischen Grenztruppen getötet worden. Im gleichen Zeitraum seien darüber hinaus 1.500 nachgewiesene Menschenrechtsverletzungen begangen worden. Verstöße von bangladeschischen Grenztruppen wurden allerdings nicht gezählt.

Die indisch-bangladeschische Grenze ist immer wieder Konfliktfeld beider Länder, da sich auf beiden Seiten Enklaven des jeweiligen Nachbarstaates befinden, so dass wiederholt unschuldige Zivilpersonen in Konfliktsituationen geraten. Andererseits blühen dort Schmuggel, Menschenhandel und illegale Schleusungen. Gegenseitige Vorwürfe, politisch Militante würden das jeweilige Nachbarland als Rückzugsgebiet und Waffenlager nutzen, geben den Grenzkonflikten eine weitere Dimension.

sowie auf das positive Echo in vielen Teilen der Bevölkerung.

Angesicht von Korruption bei Polizei und Justiz, die letztlich dem organisierten Verbrechen zuarbeitete, sei die RAB ein wirkungsvolles Instrument der Abschreckung, heißt es zudem inoffiziell in rechten BNP-Kreisen

... Im Überblick

Neue Anti-Korruptionskommission nimmt Arbeit auf

Am 21. November 2004 wurde die lang geforderte unabhängige Anti-Korruptionskommission gegründet. Gleichzeitig stellte das *Bureau of Anti Corruption* (BAC) seine Arbeit ein und übergab 17.000 Fälle an die neu gegründete Kommission. Auch die 950 Angestellten können, falls gewünscht, von der Kommission übernommen werden. Diese ist der Form nach unabhängig und berechtigt, eigenständig Entscheidungen über die Aufnahme von Korruptionsermittlungen zu fällen. Ihre Mitglieder sind für vier Jahre ernannt und können nur ohne Nachweis von schweren Vergehen nicht vorzeitig abgelöst werden. Die Opposition kritisierte aber die vom Auswahlkomitee ernannten Mitglieder.

Zum Vorsitzenden bestätigte der Staatspräsident den 80-jährigen ehemaligen Richter des *High Courts* Sultan Hossain Khan. Der im Jahr des BNP-Wahlsieges von 1979 ernannte Richter und zeitweilige Vorsitzender der staatlichen Wahlkommission hatte zuletzt mit seinem Gutach-

Am 21. November 2004 brannte bei einem Großfeuer rund 1.500 Geschäfte des Bangabazar in Gulistan, Dhaka, ab. Ausgebrochen war das Feuer durch einen elektrischen Kurzschluss neben einem Schuhgeschäft, so die offizielle Version. Die Flammen seien auf die in der Nachbarschaft liegenden Textilläden übergesprungen und hätten sich so schnell verbreitet, dass kaum ein Händler seine Waren retten konnte. Die Einsatzkräfte benötigten mehr als fünf Stunden, um dem Feuer Herr zu werden. Opfer der Flammen wurde ein älterer Muezzin, der durch herabfallende Trümmer begraben wurde. Insbesondere die zahlreichen Ladenmieter verloren mit der ihren Ware auch ihre Existenzgrundlage.

Der Marktpräsident betonte in Zei-

ten zu den Bombenanschlägen in den Kinos von Mymensingh politische Kontrollversen ausgelöst und sich allzu regierungstreu gezeigt. Als weitere Mitglieder wurde der ehemalige Vizekanzler der Universität Dhaka und Diplomat Maniruzzaman Miah sowie der frühere Vorsitzende der *Jute Mills Corporation* Maniruddin Ahmed ernannt.

Transparency International begrüßte die lange überfällige Gründung dieser Kommission, bemängelte aber Sicherheitslücken in deren Aufbau und sowie deren finanzielle Abhängigkeit. Sultan Hossain Khan rief unterdessen den *Jihad* gegen die Korruption im Lande aus. Es lägen alleine 125 Fälle gegen Minister und Führer der ehemaligen Regierung der Awami League vor und bereits 100 gegen jene der jetzigen BNP-Regierung. Sultan wies zunächst seine Angestellte an, ihre Besitzverhältnisse im Detail offen zu legen, um ihre Unbestechlichkeit zu garantieren.

Die erste große Bewährungsprobe der Kommission ist die bereits im Dezember

Bangabazar niedergebrannt

tungsinterviews, dass der Bezirksbeauftragte Ch. Alam (*Bangladesh Nationalist Party*, BNP) mit Hilfe der *Dhaka City Cooperation* den Markt mit Gewalt an sich gerissen hätte - 75 Prozent der Geschäfte habe er unrechtmäßig an eine Firma weiterverkauft, die versuche, die wahren Besitzer aus ihren Geschäften zu vertreiben. Im Juni 2004 hatte die Marktaufsicht gegen diese Praktiken Anzeige erstattet und eine einstweilige Verfügung erreicht, die den Besitzern bis April 2005 dort Bleiberecht garantierte, wo jetzt nur Schutt und Asche ist. Bei dem Interview sprachen einige Händler deshalb offen von Brandstiftung.

Tage nach dem Feuer berichteten die großen Tageszeitungen in Dhaka von „massiven Irregularitäten“ beim Erstel-

aufgeworfene Frage nach dem Verbleib von 1.028 regierungseigenen Fahrzeugen, die für Projekte zur Verfügung gestellt worden waren, aber danach nicht zurückgegeben wurden. Mit diesem Fall befassten sich seither mehrere parlamentarische Stellen.

Die neu gegründete Anti-Korruptionskommission wurde derweil von der Regierung in ihrer Arbeit dadurch behindert, dass Anfang Januar eine Weisung an die ehemaligen und von der Kommission übernommenen BAC-Angestellten erging, vorerst nicht mit dieser zusammen zu arbeiten, da bestimmte Rahmenbedingungen noch nicht vollständig geklärt seien. Nach knapp drei Monaten sind zudem auch noch keine klaren Entscheidungen zu eigenen Richtlinien und zum Organisatorischen Aufbau der Kommission getroffen worden. Tageszeitungen bezeichnen den früheren Hoffnungsträger mittlerweile als „Debattierclub“.

len von Listen der Betroffenen. Es seien Namen auf den Listen von Menschen, die nie Geschäfte besessen hätten, insbesondere Leute mit BNP-Parteibuch. Außerdem beklagten Händler, sie seien bedroht und verjagt worden, als sie sich in die Listen eintragen wollten. Andere berichteten, dass ohne Bestechung kein Name auf der Liste verzeichnet werde. Zudem seien alle Originalpapiere der Ladenbesitzer vollständig verbrannt. Für die Erstellung der Listen ist wiederum der Bezirksbeauftragte Ch. Alam verantwortlich. Die zur Kontrolle dieser Listen notwendigen Registrierungsunterlagen befinden sich just bei jener Behörde der *City Cooperation*, gegen deren Angestellte im Fall der Klage gegen Ch. Alam ermittelt wird.